

An die
Parlamentsdirektion
z. Hd. Mag.^a Barbara Blümel, MAS

Parlament
1017 Wien

BMK - I/PR3 (Recht und Koordination)
pr3@bmk.gv.at

Maja Milojevic
Sachbearbeiter:in

maja.milojevic@bmk.gv.at
+43 (1) 71162 657401
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-
Adresse zu richten.

Geschäftszahl: 2022-0.496.458

Wien, 11. August 2022

91/PET - 257/AUA: Ausschussbegutachtung betr. "Flughafenspange: Für eine "Win-Win"-Situation für Trautmannsdorf & Sarasdorf"

Sehr geehrte Frau Mag.^a Blümel!

Das Bundesministerium für Klimaschutz beehrt sich zu der mit Schreiben vom 13. Mai 2022 übermittelten Petition 91/PET (257/AUA) „Flughafenspange: Für eine "Win-Win"-Situation für Trautmannsdorf & Sarasdorf“, Folgendes mitzuteilen:

Generell lässt sich sagen, dass das Projekt der Flughafenspange zwischen dem Flughafen Wien und Bruck an der Leitha schnelle und direkte Personenzug-Verbindungen aus und ins Nordburgenland sowie dem Osten Niederösterreichs ermöglichen wird und das Projekt im Hinblick auf die umweltfreundliche Mobilitätswende im internationalen Fernverkehr als Teil der transeuropäischen Verkehrskorridore Rhein-Donau und Orient/Ost – Med. (TEN-V) in Österreich wichtig ist. Deshalb wurde bereits 2016 im Zuge der Erklärung der Eisenbahnstrecke „Wien Hauptbahnhof – Flughafen Wien – Bruck an der Leitha“ zur Hochleistungsstrecke eine strategische Prüfung nach dem SP-V-Gesetz durchgeführt und aufbauend auf dieser seitens der ÖBB im Jahre 2021 ein Antrag auf die Durchführung eines Vorverfahrens nach dem UVP-G 2000 beim BMK beantragt.

Mitsprache bei der Festlegung des Korridors

Die vom Projekt „Flughafenspange betroffenen Gemeinden, haben sich dafür eingesetzt, dass die Interessen der Region bestmöglich berücksichtigt werden und gefordert, dass ein „Runder Tisch“ eingerichtet wird. Ein solcher wurde im September 2018 zur Einbindung aller Parteien im Trassenfindungsprozess ins Leben gerufen und tagt seitdem regelmäßig. An der Runde nehmen Vertreter:innen von neun Gemeinden der Region (Niederösterreich und Burgenland),

darunter der Gemeinde Trautmannsdorf, der Länder Niederösterreich und Burgenland, des Flughafen Wiens und der ÖBB-Infrastruktur AG teil.

In diesem Rahmen wurden gemeinsam und auf Basis eines detaillierten Kriterienkatalogs vier mögliche Trassenkorridore für die Flughafenspange diskutiert.

Im März 2021 wurde schließlich einvernehmlich beschlossen, dass der südlichste Trassenkorridor vertieft geprüft wird, da er die geringsten Umwelteingriffe verursacht, eisenbahntechnisch günstig ist und die Kosten vertretbar sind.

Diese Entscheidung ist nun Grundlage der weiteren Streckenplanung. In der aktuell laufenden Planungsphase werden die Bürger:innen der Region umfassend informiert – unter anderem durch Informationsveranstaltungen, bei denen es die Möglichkeit gibt, Standpunkte und Optimierungsvorschläge einzubringen.

Im Rahmen des Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahrens (UVP) werden in weiterer Folge insbesondere mögliche Auswirkungen auf Umwelt und Anrainer:innen untersucht.

Genehmigungen des BMK und der übrigen für die Erteilung von Genehmigungen zuständigen Behörden werden nur dann erteilt, wenn sämtliche Voraussetzungen des UVP-G 2000 - dies sind insbesondere die Begrenzung der Emissionen von Schadstoffen nach dem Stand der Technik, die Immissionsbelastung der zu schützenden Güter möglichst gering gehalten bzw. vermieden werden und Abfälle nach dem Stand der Technik vermieden oder verwertet werden oder, soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, ordnungsgemäß entsorgt werden - erfüllt sind.

Tieferlegung der Flughafenspange

Die vorgeschlagene Tieferlegung der Flughafenspange wurde aufgrund des dabei entstehenden Ressourcenverbrauchs bei der Herstellung (Beton, Stahl, hohe Mengen an anfallendem Aushubmaterial) sowie weitgreifender Eingriffe in Umwelt und Klima – besonders negativ verstärkt durch erhöhte LKW-Fahrten und CO₂-Verbrauch, sowie erheblichen Mehrkosten gegenüber anderen Varianten nicht weiterverfolgt.

Verlegung Ostbahn

Die in der Petition - zusätzlich zur Flughafenspange - geforderte Verlegung der bestehenden Ostbahn in Richtung Norden ist nicht Teil des gegenständlichen Projektes. Dies würde eine Neutrassierung der bestehenden Ostbahn außerhalb des definierten Projektgebietes bedeuten.

Haltestelle Trautmannsdorf und Bahnübergänge

Eine Verlegung der Ostbahn im Zuge des Projekts Flughafenspange ist nicht angedacht, sodass auch eine Neuerrichtung der Haltestelle in Trautmannsdorf an der Leitha kein Thema darstellt. Im Rahmen des Projekts werden die niveaugleichen Bahnübergänge (Eisenbahnkreuzungen) im Hinblick auf die Sicherheit der Straßenverkehrsteilnehmer:innen durch Über- bzw. Unterführungen ersetzt. Hinsichtlich der zukünftigen Anordnung der Bahnübergänge in Trautmannsdorf finden laufend Abstimmungsgespräche mit der Gemeinde statt.

Lärmschutz

Lärm, eventuelle Auswirkungen und der Lärmschutz werden Gegenstand des UVP Verfahren sein. Dazu werden u.a. entsprechende Berechnungen der künftig zu erwartenden Schall- und Erschütterungsbelastungen durchgeführt und entsprechender Maßnahmen wie Schallschutzwände geplant. Die Ergebnisse dieser Berechnungen liegen derzeit noch nicht vor. Durch die UVP wird jedenfalls sichergestellt, dass die Auswirkungen des Projektes im gesetzlichen Rahmen bleiben. Weiter bietet die ÖBB interessierten Anrainer:innen die im Nahbereich der Trasse liegen an, dass Sie mit Ihnen bezüglich einem Messpunkt für die Bestandslärm- und/oder Erschütterungsmessung auf ihrem Grundstück in Kontakt tritt.

Güterverkehr auf Ostbahn

Zu den Befürchtungen der Anrainer:innen bezüglich einer Mehrbelastung durch Lärm- und Staubemissionen durch vermehrten Gütertransport wird auf das UVP Verfahren verwiesen, wo diese und viele andere Fragen und Bedenken behandelt werden. Derzeit verkehren auf der Ostbahn ca. 100 Güterzüge pro Tag mit geringfügigen, prognostizierten Erhöhungen bis 2040.

Natürlich kann das BMK nachvollziehen, dass die Bürger:innen der Region Interesse am Projekt und Fragen zum Projekt haben. Zu vielen dieser Fragen werden im Rahmen der Verfahren zur Umweltverträglichkeitsprüfung, in der vertieften Planung und im weiteren Planungsprozess konkrete Aussagen getroffen werden können. Das BMK ist jedenfalls überzeugt, dass unsere Zukunft in der umweltfreundlichen Mobilität liegen muss und dazu gehört der Ausbau der Schieneninfrastruktur, um noch mehr Menschen den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu erleichtern.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Bundesministerin:
Mag. Christa Wahrmann